

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (28)



19. September 2025

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

In der Kreistagsitzung am 17. September war die „Zeitenwende“ knallhart zu erleben. Eigentlich ist der Wetterankreis Mitglied beim weltweiten Netzwerk „Mayors for Peace“. Dem Netzwerk gehören 8.480 Kommunen in 166 Ländern an. Gegründet durch den Bürgermeister von Hiroshima, setzt sich „Mayors for Peace“ für die Abschaffung von Atomwaffen ein. Am 8. Juli hissen die Mitgliedskommunen eine Flagge und vertreten ihr Engagement in der Öffentlichkeit. Unser Antrag, die Fahne zukünftig wieder regelmäßig zu hissen und sich gegen ein neues atomares Wettrüsten zu positionieren, wurde nicht nur abgelehnt - mit der CDU-Gegenrede zeigte sich Clemens Breest als fanatischer Einpeitscher für weitere Militarisierung und die Stationierung der Bundeswehr entlang der Grenzen Russlands. Nicht nur die CDU-Fraktion spendete frenetischen Beifall.

Die Sparkasse Oberhessen wird dieses Jahr wieder Gewinnanteile an ihre Trägerkreise ausschütten: an Wetterau, Vogelsberg und Landkreis Gießen. DIE LINKE, hat beantragt, den Betrag in voller Höhe der neuen kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft zur Verfügung zu stellen. Nur mit mehr Kapital kann die WoBau auch wirklich bauen. Die Kreisspitze reagierte verkrampft: Das ist schwierig... Dann haben wir Haushaltslöcher... Das Geld müsste dann ja in den Haushalt eingestellt werden... JA!

Und genau das wird DIE LINKE. Fraktion bei der anstehenden Haushaltsdebatte beantragen!

Der Kommunalwahlkampf naht. Seit einiger Zeit nehmen die Anträge der AfD im Kreistag zu. Dieses Mal waren es sechs Anträge. Die meisten davon machen Stimmung gegen Asylsuchende. Die AfD unterstellt den Geflüchteten Sozialbetrug, Faulheit und Drogenhandel. Damit wird Stimmung gemacht. Leider verfängt in unsicheren Zeiten eine solche Angstmache bei vielen Menschen.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Kreisspitze will weniger demokratische Beteiligung: Änderung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Wetteraukreises.
Änderungsantrag DIE LINKE. zur Hauptsatzung.
2. Zwei Anträge DIE LINKE.: Gewinnausschüttung Sparkasse für die WoBau verwenden und: Zukünftig am 8. Juli die Flagge der „Mayors for Peace“ vor dem Kreishaus hissen.
3. Antrag FDP: Kreistag soll wandern
4. Nazi-Heimat will Remigration – hatten wir das nicht schon mal?
5. Antrag der AfD: Asylbewerber sollen zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden.
6. Anfragen DIE LINKE.

RÜCKLICHT



Was für ein Fest! Mehr als 200 Menschen besuchten das **Usagassenfest 2025** der Linken. Zur guten Laune kamen gutes Wetter und tolle Live-Musik von „The Törnarounds“ aus Friedberg und dem Duo „Playtime“. Das fabelhafte „Absinto Orkestra“ brachte die Usagasse zum Tanzen.



8. August 2025: Vor 80 Jahren warfen die USA eine Atombombe über der japanischen Stadt Nagasaki ab. Drei Tage zuvor war schon Hiroshima Ziel eines Atombombenabwurfs. Die Folgen waren katastrophal. Heute gibt es weltweit 12.500 Atomwaffen. Ihre Sprengkraft übertrifft die Hiroshima-Bombe um ein Vielfaches. Die Atommächte sind damit in der Lage, die Welt mehrfach zu zerstören. Und das binnen Minuten! Größenwahnsinnige Militärs und Politiker denken heute wieder, man könne einen Atomkrieg riskieren! Welch ein Wahnsinn! Darauf haben wir gemeinsam mit der „Wetterauer Aktion Frieden“ in Friedberg aufmerksam gemacht: Diplomatie und Abrüstung müssen Kernpunkte deutscher Politik werden!



Nie wieder kriegstüchtig! Ja zu Frieden und Abrüstung! Unter diesem Motto finden am 3. Oktober 2025 bundesweite Demonstrationen in Stuttgart und Berlin statt. Mitfahrgelegenheit nach Stuttgart: Fahrpreis 15 Euro. Abfahrt Friedberg Bahnhof um 9 Uhr. Karten gibt es im Roten Laden, Usagasse 26, Friedberg (montags von 14 - 16 Uhr und donnerstags von 16 - 18 Uhr sowie unter info@die-linke-wetterau.de).

Anträge der Kreisspitze: Änderung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Kreistags des Wetteraukreises.

Änderungsantrag DIE LINKE. zur Hauptsatzung

Das hört sich ziemlich trocken an. Aber die Anträge haben es in sich! Sie setzen die Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vor Ort um, die die Hessische Landesregierung Anfang 2025 beschlossen hat. Und darin sind gleich drei Punkte, die eine demokratische Beteiligung erschweren: Das Auszählverfahren bei Wahlen wird verändert, die Anzahl der Abgeordneten in den Parlamenten kann per einfacher Mehrheit verkleinert werden und Bürgerbegehren werden fast unmöglich. Jetzt beantragte die Kreisspitze auch in der Wetterau, die demokratische Beteiligung auszubremsten:

- **Hauptsatzung:** Die Zahl der Abgeordneten soll nicht mit der Einwohnerzahl wachsen. Sie wird bei 81 eingefroren.

- **Geschäftsordnung:** Fraktionen können nicht mehr durch fraktionslose, gewählte Abgeordnete verstärkt werden. Diese zählen zukünftig nicht mehr zu einer Fraktion dazu.

Anträge sollen nur noch einmal im Jahr gestellt werden können, und nicht – wie bisher – alle sechs Monate. Anfragen der Fraktionen sollen nicht mehr binnen drei Wochen sondern in Sechswochenfrist beantwortet werden.

Zur **Hauptsatzung** haben wir einen Änderungsantrag gestellt:

„Die Zahl der Kreistagsabgeordneten im Kreistag der Wetterau richtet sich nach der Einwohnerzahl, wie in der HGO vorgesehen. Das sind bei derzeit über 300.000 Einwohnern 87 Abgeordnete. Eine Reduzierung auf die „nächst niedrigere Größengruppe“ - also weiterhin 81 Abgeordnete - wird nicht vorgenommen.“

Man konnte in der Debatte den Eindruck gewinnen, dass die großen Fraktionen Probleme haben, genügend Abgeordnete für eine fünfjährige Wahlperiode bereit zu stellen. Und dass sie deshalb eher an einem kleineren Kreistag interessiert sind.

Wir sind in unserer Rede nochmal darauf eingegangen, welche Verschlechterungen die neuen Bestimmungen der HGO für eine parlamentarische Opposition bedeuten.

Unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
das vom Hessischen Landtag im März 2025 beschlossene „Gesetz zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ verbessert nicht die demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürger:innen.*

Das ist gut für die CDU. Deshalb wurde es ja auch gemacht. Ob es für die SPD gut sein wird, wird sich weisen. Gut wird es sicher auch für Rechtsaußen sein.

Es ist ja die gleiche Koalition wie hier im Kreistag, die im Landtag dieses Gesetz auf den Weg gebracht hat. Damit verschlechtern sich gleich drei demokratische Gestaltungsmöglichkeiten: Das Auszählverfahren bei Wahlen, die Möglichkeit zur Reduzierung der Abgeordnetenzahl und die Einflussmöglichkeiten von Bürgerbegehren.

*Meine Damen und Herren,
das bisherige Auszählverfahren nach „Hare-Niemeyer“ verteilt die Sitze direkt nach dem prozentualen Stimmenanteil der einzelnen Parteien. Das Auszählverfahren nach „D’Hondt“ bevorzugt dagegen große Parteien in der Verteilung der Sitze. Das erschwert die Wahrnehmung demokratischer Mitgestaltungsrechte für oppositionelle Gruppen und Meinungen. Die Vielfalt im Parlament und die parlamentarische Repräsentanz von Bürgerinteressen geht verloren. Die Stimmen zahlreicher Wähler:innen werden nicht mehr berücksichtigt.
Und mit der Änderung der Hauptsatzung ziehen Sie mit ihrer Koalition heute nach:
Sie wollen die Chance nutzen, um ein weiteres mal die Möglichkeiten kleiner Parteien und Wählergruppen zu erschweren, indem Sie die Anzahl der Kreistagsabgeordneten bei 81 festschreiben wollen, statt sie an die gestiegene Einwohnerzahl anzupassen. Dann wären nämlich 87 Abgeordnete zu wählen.
Auch dies bedeutet für kleine Parteien und Wählergruppen, dass mehr Wählerstimmen benötigt werden, um parlamentarisch vertreten zu sein.
Liebe SPD! Es war sozialdemokratische Politik, die Fünfprozenthürde abzuschaffen, mehr Vielfalt in den Parlamenten zuzulassen und die Bürger zur demokratischen Meinungsbildung zu ermuntern. Dass die früheren Wahlbeschränkungen aufgebrochen wurden, hatte zur Folge, dass bei Wahlen nicht mehr so viele Stimmen als „verlorene Stimmen“ einfach weggewischt wurden.
Und jetzt machen Sie diese Kehrtwende mit? Das soll sozialdemokratische Politik sein?
Das ist weder sozial noch demokratisch.
Außerdem würde mich mal interessieren, ob eine solche Änderung der Hauptsatzung so kurz vor einer Wahl überhaupt rechtens ist. Muss eine, die Wahl beeinflussende, Änderung nicht 12 Monate vor dem Wahltermin beschlossen werden?
Wir fordern Sie auf, bei der Regelung der HGO zu bleiben, wo die Anzahl der Abgeordneten an die Einwohnerzahl geknüpft ist. Es ist nämlich keine gesetzliche Regelung, dass Sie die Abgeordneten-zahl nach unten festschreiben. Sie können das machen – Sie müssen es nicht machen!
Eine solche Änderung der Hauptsatzung fördert jedenfalls nicht „DIE Demokratie“, die sie sicher im kommenden Wahlkampf wieder vielfach beschwören werden.*

In der Debatte wurde von der CDU behauptet, es gebe keine negativen Auswirkungen beim Auszählverfahren nach D’Hondt. Doch die Opposition konnte beweisen, dass sich dieses Zählverfahren besonders in kleinen Kommunen negativ auf kleine Parteien und Wählergruppen auswirkt.

Die Hauptsatzung wurde entsprechend des Antrags der Kreisspitze geändert. Unser Antrag zur Hauptsatzung wurde abgelehnt. Mit uns haben die Grünen und die FDP gestimmt.

Auch die **Geschäftsordnung** wurde mit Mehrheitsbeschluss geändert – gegen die Stimmen von FDP, einem Abgeordneten der FW, Grünen und Linke. Wir haben uns dem Änderungsantrag der Grünen angeschlossen. Dort wurde beantragt, die Verschlechterungen zurückzunehmen und weiter mit der bisherigen Geschäftsordnung zu arbeiten.

Wir hatten eine Minute Redezeit. Das haben wir gesagt:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, wovor Sie Angst haben! Diese ganzen Änderungen – die des Landtags, die heute beantragten Änderungen – behindern eine Opposition in kommunalen Parlamenten. Sie werden auch Wähler:innen ausschließen, weil deren Stimmen nicht zum Tragen kommen. Aber Opposition ist ein Wesensmerkmal einer Demokratie! Ohne Opposition ist es keine Demokratie! Was also wollen Sie?“

Und auch wenn Sie die Wiederholung von Anträgen auf ein Jahr ausweiten: Meine Damen und Herren, dass wir jedes Jahr einen Antrag für eine Weihnachtsbeihilfe für arme Kinder stellen, können Sie nicht verhindern!“

(Anmerkung: Immerhin hat das Plenum den Witz verstanden).

Zwei Anträge DIE LINKE:

Gewinnausschüttung der Sparkasse für die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft verwenden!

In diesem Jahr wird die Sparkasse Oberhessen wieder Gewinnanteile an ihre Trägerkreise ausschütten. Der Wetterankreis ist der größte Träger und bekommt deshalb auch immer den größten Anteil der Ausschüttung. Wie hoch sie letztendlich sein wird, ist noch nicht bekannt. Es wird sich jedoch voraussichtlich um einen einstelligen Millionenbetrag handeln.

DIE LINKE. Fraktion hat beantragt, das Geld in voller Höhe der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Bezahlbarer Wohnraum im Wetterankreis GmbH“ zur Verfügung zu stellen.

Die anderen Fraktionen wollten das nicht – aber so kurz vor der Kommunalwahl sieht es schlecht aus, wenn man nicht für bezahlbare Wohnungen ist. Das führte zu etwas verkrampften Reaktionen. Die Grünen stellten einen Änderungsantrag und wollten erst mal einen Bericht über die bisherigen Aktivitäten der neuen WoBau hören. Das ist die grüne Spezialität: Die Mehrzahl ihrer Anträge fordert Berichte in den Ausschüssen über dieses und jenes Thema.

Die AfD sieht das Sparkassengeld in dunklen Kanälen versickern und lehnte daher unseren Antrag ab. Außerdem wäre der Kreis ja nicht pleite, wenn nicht so viel Geld fürs Klima ausgegeben würde. Die FWG meinte, das Geld fehle dann im Gesamthaushalt und man könnte keine Finanzierungslöcher stopfen. Dann müssten die Kommunen mehr Kreisumlage zahlen und die Steuerzahler würden mehr belastet.

Für die CDU sprach die erste Beigeordnete Weckler. Sie sah keine Möglichkeit, das Geld der WoBau zur Verfügung zu stellen. Unser Zwischenruf brachte eine Erleuchtung: Es sei denn, man beschließt dies in der Haushaltsdebatte und stellt es im Haushalt 2026 für die WoBau bereit.

Die zweite Beigeordnete, Frau Götz von der SPD, bat um Geduld: Die WoBau sei ja noch neu. Sie sei erst Ende Januar ins Handelsregister eingetragen worden. In Bezug auf den Grünen Änderungsantrag erinnerte sie daran, dass eine Berichterstattung im jährlichen Rhythmus beschlossen sei. Sie wäre aber gern bereit auf Anfrage zwischendurch Bericht zu erstatten. Aber Bauen könne man derzeit nicht.

Wir haben diese Rede gehalten:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Wir Sie wissen, herrscht Wohnungsnot im unteren Preissegment.
Was heißt das?*

Eine Wohnung gilt als bezahlbar, wenn nicht mehr als 30 Prozent des Haushaltseinkommens für Miete aufgewendet werden muss. Inzwischen müssen aber oft 40 oder 50 Prozent des Haushaltseinkommens für die Wohnung gezahlt werden. Menschen mit niedrigem Einkommen haben es immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Wir haben auf die prekäre Lage der Menschen bereits vielfach hingewiesen, die soziale Hilfen benötigen und zu den Mietobergrenzen des Wetteraukreises keine Wohnung finden können, weil die realen Preise des Wohnungsmarkts viel höher liegen.

Aber auch Berufstätigen macht die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt das Leben schwer: So sind die Mieten auch zu teuer für Beschäftigte in Branchen mit eher niedrigem Lohnniveau: Im Gesundheitswesen, der Erziehung, Pflege, Gastronomie, im Handwerk, beim Öffentlichen Nahverkehr, bei der Polizei und vielen mehr.

Wenn sich diese Berufsgruppen keine Wohnungen mehr leisten können, dann verschärft die Lage auf dem Wohnungsmarkt auch den Fachkräftemangel.

Nach Umfragen hat schon jede:r Dritte über einen Jobwechsel nachgedacht – wegen zu hoher Miete. Und das gilt nicht nur für Frankfurt – das gilt genauso für das Umland der Metropolregion. Auch für den Westkreis der Wetterau.

*Meine Damen und Herren,
für uns ist die entscheidende Frage, ob der Wetteraukreis mit der neu gegründeten Wohnungsbau-gesellschaft wirklich etwas gegen diese Misere tun kann.*

Wir erwarten da keine Wunder!

Aber wir erwarten schon, dass außer den Förderrichtlinien und der Unterstützung für Kommunen auch gebaut wird.

Dafür sehen wir im Moment noch zu wenig Engagement und die bereitgestellten Mittel von 2,1 Millionen für die WoBau sind dazu auch viel zu gering.

Deswegen sollte jede Möglichkeit wahrgenommen werden, die WoBau finanziell aufzustocken. Sie muss kreditwürdig werden und so entwickelt werden, dass gebaut werden kann.

Dieses Jahr wird es sehr wahrscheinlich wieder eine Gewinnausschüttung der Sparkasse an den Kreis geben. Wir beantragen, dass diese dann der WoBau zur Verfügung gestellt wird.

Wir denken nicht, dass die Abgeordneten dieses Kreistags, die selbst gut situiert sind und keine Wohnungsprobleme haben, wirklich die desaströse Lage auf dem Wohnungsmarkt erfasst haben. Hier helfen keine kleinen kosmetischen Schritttchen mehr! Nicht nur ein bisschen Zuschuss für private Bauherren; nicht nur ein bisschen Beratung für Kommunen. Es braucht auf allen Ebenen sozialen Wohnungsbau! Jetzt!

Unser Antrag wurde abgelehnt. Für das Jahr 2026 steht nun ein Anpassungsbeschluss für den Haushalt an. Wir werden beantragen, dass das Sparkassengeld für die Wobau eingestellt wird.

Zukünftig soll der Wetteraukreis als Mitglied der „Mayors for Peace“ am 8. Juli die Flagge hissen

Der Wetteraukreis ist Mitglied der Organisation „Mayors for Peace“. Diese Organisation wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Das weltweite Netzwerk setzt sich vor allem für die Abschaffung von Atomwaffen ein. Ihm gehören über 8170 Städte/Kreise an, darunter über 830 in Deutschland.

2022 wurde die Fahne am 8. Juli, dem Flaggentag, vor dem Kreishaus gehisst. Landrat Weckler wies auf die gestiegene atomare Bedrohung hin und wollte angesichts des Ukrainekriegs ein Zeichen für den Frieden setzen. Die Flagge symbolisiert den Einsatz des Netzwerkes für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen.

Seit 2022 wurde die Fahne nicht mehr vor dem Kreishaus gehisst, obwohl seither die atomare Gefahr enorm gestiegen ist. Die atomare Bedrohungslage wird vom „Bulletin of the Atomic Scientists“ mit einer Atomkriegsuhr symbolisch veranschaulicht. Im Gründungsjahr 1947 schätzte die Uhr die Wahrscheinlichkeit einer globalen Katastrophe auf 7 Minuten vor 12 ein. Im Jahr 2023 stand die Uhr auf 90 Sekunden vor 12, was die höchste Bedrohung seit ihrer Einführung darstellt. Diese Gefahrenlage haben wir in der Antragsbegründung verdeutlicht.

Wir haben diese Rede gehalten:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
der Wetteraukreis ist Mitglied bei „Mayors for Peace“. Wer sind die Mayors for Peace?
Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Das weltweite Netzwerk setzt sich vor allem für die Abschaffung von Atomwaffen ein, greift aber auch aktuelle Themen auf, um Wege für ein friedvolles Miteinander zu diskutieren. Mehr als 8.480 Städte in 166 Ländern gehören dem Netzwerk an, darunter rund 900 Städte in Deutschland. Jedes Jahr am 8. Juli macht die Organisation öffentlich auf ihr Anliegen aufmerksam: Es wird die Flagge des weltweiten Bündnisses der Mayors for Peace vor den Rathäusern und Kreisverwaltungen gehisst um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, Atomwaffen endgültig abzuschaffen. Mehr als 600 Städte in Deutschland beteiligen haben sich 2025 am Flaggentag. Leider war dieses Jahr der Wetteraukreis nicht dabei.
Zum letzten Mal wurde die Flagge 2022 vor dem Kreishaus gehisst und eine entsprechende Pressemeldung herausgegeben. Seit 2022 wurde die Fahne nicht mehr vor dem Kreishaus gehisst, obwohl seither die atomare Gefahr enorm gestiegen ist.
Expert:innen des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI gehen aktuell von rund 12.241 Atomsprengköpfen weltweit aus. Fast alle neun Atommächte modernisieren ihre Arsenale. Diplomatische Beziehungen werden vielfach nicht mehr gepflegt. Es droht ein neuer nuklearer Rüstungswettlauf mit der Gefahr der gewollten und auch ungewollten Eskalation.
Meine Damen und Herren, für was ist so ein Flaggentag wichtig?
2025 jährte sich der Abwurf der US-Atombomben auf die Städte Hiroshima und Nagasaki zum 80. Mal.
Belit Onay, Oberbürgermeister von Hannover und Vizepräsident des Netzwerkes Mayors for Peace sagte: "80 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki ist die Haltung der Mayors for Peace klar und unmissverständlich: es darf kein neues nukleares Wettrüsten geben. Gerade in einer Welt zunehmender Spannungen führt nukleare Abschreckung nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Unsicherheit. Als Lead City der Mayors for Peace in Deutschland setzt*

sich Hannover daher gemeinsam mit zahlreichen Städten des Netzwerkes für atomare Abrüstung, Völkerverständigung und eine Welt, in der Menschlichkeit über Machtstreben steht, ein." Am Flaggentag erinnern die Mayors for Peace an ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 8. Juli 1996. Der Gerichtshof stellte fest, dass die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen das Völkerrecht verstoßen. Zudem stellte der Gerichtshof fest, dass eine völkerrechtliche Verpflichtung besteht, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“

*Meine Damen und Herren,
wir beantragen heute, dass der 8. Juli fest in den Terminablauf der Kreisspitze eingetragen wird, damit er nicht mehr vergessen wird. Der Wetterankreis sollte deutlich machen, dass er zum Völkerrecht und zum Verbot von Atomwaffen steht.*

Die Wortmeldungen der anderen Fraktionen wollten keine Abrüstung und kein Verbot von Atomwaffen. Unser Antrag wurde nur von der grünen Fraktion unterstützt.

Die CDU ließ ihre Ablehnung durch Clemens Breest begründen. Er hatte erst vor 10 Monaten die Grünen verlassen und zeigte sich in seiner ersten Rede für die CDU als militaristischer, fanatischer Hardliner: Deutschland muss aufrüsten. Atomar? Ja klar. Denn für den Frieden nützen nicht irgendwelche Fahnen vor dem Kreishaus, sondern wir brauchen mehr Militär und müssen unsere Soldaten überall hinschicken: In die Ostsee, ins Baltikum und nach Polen... Das ist übrigens keine Übertreibung, das ist weitgehend Originalton. Und dazu klatschte die CDU-Fraktion frenetisch. Auch die AfD wütete gegen uns: Die einzige Friedenspartei sei die AfD. Linke tun nur so, als seien sie für den Frieden und außerdem SED... Mauer... Moskau... Kommunismus... und so weiter... Nun ja. Es ist eine irrsinnige Zeit. Das Völkerrecht ist wohl egal...

Antrag der FDP: Der Kreistag soll wandern

Eigentlich ist dieser Antrag nicht besonders berichtenswert: Schon öfter wurde darüber nachgedacht, den Kreistag und seine Ausschüsse nicht immer im Plenarsaal in Friedberg stattfinden zu lassen. Aber diesmal brachte die FDP den Antrag mit einer flammenden Rede über die Rettung „DER Demokratie“ ein. Bürger:innen und Schüler:innen könnten eingeladen werden. Sie könnten dem Kreistag bei der Arbeit zusehen und etwas über „DIE Demokratie“ erfahren.

Wir haben das gesagt:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Dieser Antrag entbehrt nicht der Komik. Heute wurden hier mit der Änderung von Hauptsatzung und Geschäftsordnung die Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung deutlich eingeschränkt. Und jetzt soll ein reisender Kreistag die Demokratie retten? Reisen heißt nicht Demokratie! Die Besucher:innen einer Kreistagssitzung dürfen ja nicht mal was sagen. Und auch für die Ausschüsse haben Sie vorhin in der geänderten Geschäftsordnung festgelegt, dass nur vorher geladene Gäste reden dürfen. So retten Sie die Demokratie nicht.*

Der Antrag wurde abgelehnt und man einigte sich darauf, dass die Ausschüsse häufiger an anderen Orten stattfinden sollten. Dann können die Bürger:innen zuhören.

Antrag der Nazi-Heimat: Remigration

Die Heimat will einen Remigrationsbeauftragten in der Wetterau. Der Wetterankreis soll ausreisepflichtige Ausländer zur Rückkehr beraten.

In der letzten Kreistagssitzung hatte genau das die AfD beantragt. Sogar noch einen Tick härter als die Heimat. Die AfD wollte, dass sich die Kreisverwaltung als Spitzel zum Aufspüren „illegaler Migranten“ betätigt. Es sollten Daten bereitgestellt werden und bei der Ausreise soll der Kreis behilflich sein. Ziemlich die selbe braune Brühe.

Diesmal hat die AfD den Antrag abgelehnt.

Antrag AfD: Asylbewerber sollen gemeinnützige Arbeit leisten

Wiederholungsschleife: Es gibt viel Arbeit und da bieten sich Asylbewerber an. Die Arbeitsgelegenheiten sollen vom Wetterankreis vermittelt werden – verpflichtend für die Asylanten. Das sei die Chance für Integration und um der Gesellschaft etwas zurück zu geben. Wir sprechen zu den meisten Anträgen der AfD nicht. Wenn, dann maximal zu einem. Diesmal haben wir uns diesen ausgesucht, weil diese Sicht der Dinge gerade in breiten Bevölkerungskreisen Wirkung zeigt. Das haben wir gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
in diesem Antrag und in der Rede der AfD wird so getan käme durch „ungebremste illegale Migration“ eine Flut von Migranten – alle faul und ohne Tagesstruktur, die zur Arbeit erzogen werden müssten. Dass viele Asylbewerber erst mal gar nicht arbeiten dürfen – geschenkt. Die Mehrzahl der Migrant:innen arbeitet und zwar meist in schlechter bezahlten Sparten, wie Pflege, Dienstleistung, Reinigung, ÖPNV, medizinische Berufe usw. Um der Gesellschaft etwas zurückzugeben, hilft doch wohl am besten eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, ein anständiger Mindestlohn und die Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse.

Anfragen DIE LINKE.:

Über vier Anfragen haben wir noch nicht in der aktuellen Post berichtet.

1. Anfrage zum Aktionsplan Inklusion vom Juni 2025:

Wir haben über die Beschlussfassung des Aktionsplanes berichtet. Unsere Fragen dazu erhellen die Absicht des Kreisausschusses. Sie sind hier zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/anfragen-zum-aktionsplan-inklusion/>

2. Anfrage Jobcenter-APP

Immer öfter drängt das Jobcenter zur digitalen Kontaktaufnahme. Doch viele Hilfesuchende haben keine ausreichenden Geräte, keinen ausreichenden Internetanschluss und auch kein ausreichendes Verständnis für die digitalen Zugänge. Das Jobcenter schwört, dass es auch analog erreichbar bleibt: <https://die-linke-wetterau.de/anfrage-jobcenter-app/>

3. Anfrage: Probleme, Behörden zu kontaktieren

Immer mehr Behördenkontakte erfordern eine digitale Terminabsprache und digitale Kommunikation. Beratung und die Klärung von Problemen werden dadurch nicht einfacher. Wir fragen nach der Unterstützung für Menschen ohne IT-Kenntnisse und mit Schwierigkeiten bei der Terminvergabe: <https://die-linke-wetterau.de/probleme-behoerden-zu-kontaktieren/>
Die Anfrage ist noch nicht beantwortet.

4. Anfrage zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr

Der Wetteraukreis hat zum Jahresbeginn 2025 eine Partnerschaftserklärung mit dem Landeskommmando Hessen der Bundeswehr unterzeichnet. Damit unterstützt der Kreis den Aufbau des Heimatschutzregiments 5 in Hessen und ermöglicht es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sich für den freiwilligen Reservedienst von der Arbeit freistellen zu lassen. Wir fragen nach den Kosten und den Folgen für den Betrieb des Kreisverwaltung: <https://die-linke-wetterau.de/anfrage-zur-zusammenarbeit-mit-der-bundeswehr/>

Die Anfrage ist noch nicht beantwortet.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber